

3. Forschungsprogramm

Im Mittelpunkt des Graduiertenkollegs „Weltgesellschaft – Die Herstellung und Repräsentation von Globalität“ steht die Frage, unter welchen Voraussetzungen, über welche Prozesse und in welcher Form sich weltgesellschaftliche Strukturen herausbilden und seit wann und auf welche Weise der globale Zusammenhang als eine Welt gedeutet wird, die allen gemeinsam ist. Diese Frage soll in drei Forschungsschwerpunkten konkretisiert werden: 1. Soziale Mikrostrukturen: Interaktion und Globalisierung, 2. Organisationen und Netzwerke als Träger von Globalisierungsprozessen, 3. Globale Semantiken: Die Repräsentation von Globalität.

3.1 Theoretischer Bezugsrahmen

Das Forschungsprogramm schließt an die soziologischen Weltgesellschaftstheorien an und geht wie diese von der Annahme aus, dass sich ein globaler Zusammenhang herausgebildet hat, der einen eigenständigen Untersuchungsgegenstand darstellt und als umfassendstes System alles Soziale in sich einschließt (vgl. u.a. Luhmann 1975a, 1997: 145ff.; P. Heintz 1982; Meyer et al. 2005). Damit verbunden ist die Vorstellung, dass die Weltgesellschaft eine emergente Realität darstellt, die sich durch spezifische und irreduzible Strukturformen auszeichnet. Die Annahme, dass Gesellschaft heute als Weltgesellschaft zu begreifen ist, bedeutet weiter, dass alle Ereignisse, wie lokal sie auch immer erscheinen mögen, als interne Phänomene zu begreifen und auf dieses umfassende System zu beziehen, d. h. im Prinzip von „außen“ nach „innen“ zu erklären sind (vgl. als Überblick Greve/Heintz 2005; Tyrell 2005; Wobbe 2000). Mit der Entscheidung, den globalen Zusammenhang als Einheit (aber nicht als einheitlich) zu begreifen, nehmen Weltgesellschaftstheorien die gesamte Sozialwelt in den Blick und grenzen sich damit von Theorien ab, die die These einer emergenten Sozialordnung vorwiegend auf ein Funktionssystem beziehen – z. B. auf die Weltwirtschaft im Falle der Wallersteinschen Weltsystemtheorie (Wallerstein 1979; Hack 2005) oder auf das weltpolitische System im Falle der Theorien Internationaler Beziehungen (Albert 2002; Buzan 2005).

Da Weltgesellschaftstheorien die Existenz einer Weltgesellschaft als gegeben annehmen, liegt der Fokus primär auf der Analyse der Folgen einer bereits konsolidierten Weltgesellschaft, während die unterschiedlichen Geschwindigkeiten und teilweise widersprüchlichen Dynamiken der Entstehung weltgesellschaftlicher Strukturen vergleichsweise wenig thematisiert werden.¹ Demgegenüber bilden die unterschiedlichen Verlaufsformen globaler

¹ Dies gilt insbesondere für die neo-institutionalistische Weltgesellschaftstheorie, während die Systemtheorie mit ihrer These der Koevolution von funktionaler Differenzierung und Weltgesellschaft den historischen Prozess der Herausbildung von Weltgesellschaft zwar thematisiert, aber bislang wenig detaillierte empirische Untersuchungen dazu vorgelegt hat (vgl. aber die Dissertationen von Werron und Mersch in diesem Kolleg).

Vernetzungen ein wichtiges Untersuchungsfeld der Globalisierungsforschung, die im Unterschied zu Weltgesellschaftstheorien eher von „innen“ nach „außen“ argumentiert. Globalisierung wird hier vor allem als Prozess der „Entgrenzung“, d.h. als Überschreitung oder auch Auflösung von Grenzen interpretiert. Exemplarisch für diese Argumentation ist Anthony Giddens' Begriff der „Entbettung“ (Giddens 1995: 33). Im Unterschied zu Weltgesellschaftstheorien wird der globale Zusammenhang aber nicht als eine (gesellschaftliche) Einheit verstanden oder höchstens im kulturellen Sinne eines zunehmenden Bewusstseins einer gemeinsamen Welt (Robertson 1992: 78). Ein weiterer Unterschied besteht darin, dass die Globalisierungsforschung im Gegensatz zu den Weltgesellschaftstheorien nicht durch eine übergeordnete theoretische Perspektive zusammengehalten wird, sondern eher ein heterogenes Gefüge von Teilhypothesen bildet, die bislang nicht zu einer integralen Theorie verbunden sind (vgl. als Überblick u.a. Dürrschmidt 2000; Guillén 2001; Therborn 2000). Das Graduiertenkolleg orientiert sich zwar auch in der dritten Antragsphase an einer weltgesellschaftstheoretischen Perspektive, es lockert aber einige der in den Weltgesellschaftstheorien vorausgesetzten Prämissen. Dies betrifft insbesondere den makrosoziologischen Zuschnitt und die Verwendung eines Begriffs von Weltgesellschaft, der kaum Abstufungen zulässt und entsprechend unterschiedliche Intensitätsgrade der „Verweltgesellschaftung“ nicht in den Blick bekommt. Auch wenn heute davon auszugehen ist, dass sich ein globaler Kommunikationszusammenhang herausgebildet hat – und in diesem allgemeinen Sinne tatsächlich von einer „Weltgesellschaft“ zu sprechen ist (Luhmann 1975a; Stichweh 2006a) –, ist offen, inwieweit darüber hinaus neue und anspruchsvollere weltgesellschaftliche Ordnungsformen entstanden sind. Um diese Frage zu untersuchen, wird zwischen drei Entwicklungsdimensionen von „Weltgesellschaftlichkeit“ bzw. „Globalität“ unterschieden: (1) Globalität als potentiell weltumspannender Kommunikationszusammenhang, (2) Globalität als globaler Beobachtungs- und Vergleichshorizont, (3) Globalität als Herausbildung globaler Ordnungsstrukturen (vgl. Kap. 3.2.). Die Herausbildung einer Weltgesellschaft wird dabei nicht nur als ein strukturelles Phänomen aufgefasst („Herstellung von Globalität“), vielmehr sollen auch die unterschiedlichen und teilweise konfliktiven Deutungen des globalen Zusammenhangs und deren Bedeutung für die Konsolidierung weltgesellschaftlicher Strukturen untersucht werden („Repräsentation von Globalität“).

Die Betonung des variablen und widersprüchlichen Charakters von globalen Vergesellschaftungsprozessen ermöglicht einen Anschluss an zwei Forschungs- resp. Theorietraditionen, die von der Weltgesellschaftstheorie bislang wenig genutzt wurden: empirisch an die politikwissenschaftliche, ethnologische und soziologische Globalisierungsforschung und theoretisch an die interaktionstheoretische Mikrosoziologie. Der Einbezug dieser beiden Perspektiven stellt in doppelter Hinsicht eine Erweiterung gegenüber den ersten beiden Antragsphasen dar. Das Potential der Globalisierungsforschung

liegt vor allem in ihrem empirischen Gehalt, indem sie in einer Vielzahl von materialreichen Studien untersucht hat, wie sich grenzüberschreitende Vernetzungen herausbilden und stabilisieren. Das thematische Spektrum dieser Studien reicht dabei von der Formierung transnationaler Migrantennetzwerke (u.a. Faist 2000; Portes et al. 2002; Pries 2001) und der Entstehung globaler Bewegungen (u.a. Birchfield/Freyberg-Inan 2004; Guidry et al. 2000; Klein et al. 2001) resp. „advocacy networks“ (u.a. Keck/Sikkink 1998; Sperling et al. 2001) über die Institutionalisierung internationaler politischer Regime (u.a. Haas 1989; Lumsdaine 1993; Landman 2005) bis hin zur Herausbildung „glokaler“ Hybridkulturen (u.a. Locher 2002; Frank/Stollberg 2004; Nederveen Pieterse 2004). Demgegenüber hat der Einbezug der Mikrosoziologie vor allem eine theoretische Korrekturfunktion, die sich insbesondere auf die makrosoziologische Verengung der Weltgesellschaftstheorie bezieht (Greve/Heintz 2005: 111ff.). Ein mikrosoziologischer Zugang stellt in verschiedener Hinsicht eine Erweiterung herkömmlicher Weltgesellschaftstheorien dar. Zum einen lässt sich aus dieser Perspektive untersuchen, inwieweit globale Strukturen aus lokalen Interaktionsereignissen entstehen und auf welche Weise dies geschieht. Zum andern geraten damit globale Strukturformen in den Blick, die primär auf Interaktion beruhen. Beispielhaft dafür sind Welttreffen wie etwa UN-Weltkonferenzen, Weltbischofssynoden oder Weltmessen, die gerade wegen ihres interaktiven Charakters Vertrauen und Legitimation erzeugen können und über ihre massenmediale Verbreitung die Vorstellung einer alles umspannenden globalen Welt anschaulich zum Ausdruck bringen.

Um die unterschiedlichen Dynamiken und Geschwindigkeiten der Herstellung von Globalität in komparativer Perspektive zu untersuchen, unterscheiden wir zwischen zwei Formen gesellschaftlicher Differenzierung, die quer zueinander stehen: zwischen der funktionalen Differenzierung in unterschiedliche Teilbereiche (Wirtschaft, Wissenschaft, Religion, Politik etc.) und der Differenzierung in unterschiedliche Ebenen der Sozialorganisation (Interaktion, Organisation, Netzwerke, Weltgesellschaft).

1. Historisch gesehen hat sich Modernisierung weitgehend über funktionale Differenzierung vollzogen, d. h. über die Herausbildung von Teilbereichen, die je unterschiedliche gesellschaftliche Funktionen erfüllen und sich an je unterschiedlichen Leitdifferenzen orientieren.² Obschon sich der Prozess der funktionalen Differenzierung ursprünglich im Rahmen der europäischen (National-)Staaten entfaltete (vgl. etwa Hahn 1993), tendieren Funktionssysteme zu Grenzüberschreitung, d. h. zu Globalität. Die im Prinzip der funktionalen Differenzierung angelegte Sachbezogenheit der Leitgesichtspunkte ist im Prinzip indifferent gegenüber territorialen Grenzen: Güter werden nicht ausschließlich für

² Obschon die Differenzierungstheorie im deutschsprachigen Raum vor allem der Systemtheorie zugerechnet wird, ist die Annahme, dass moderne Gesellschaften funktional differenziert sind und die Funktionssysteme durch je spezifische Perspektiven und Funktionslogiken gekennzeichnet sind, keine Exklusivität der Systemtheorie, sondern wird auch von Soziolog(innen) geteilt, die außerhalb der Luhmannschen Systemtheorie stehen, vgl. etwa Mayntz 1988; Schimank 2005a.

Binnenmärkte produziert, Liebe macht nicht an nationalen Grenzen halt und der Wahrheitswert wissenschaftlicher Aussagen ist abhängig von der korrekten Anwendung der Verfahren und nicht von der nationalen Zugehörigkeit ihrer Produzenten. Insofern stehen funktionale Differenzierung und die Herausbildung einer Weltgesellschaft in einem gegenseitigen Bedingungsverhältnis (vgl. ansatzweise bereits Parsons 1969 sowie dazu Mahler 2005; Luhmann 1975a; Stichweh 2000; 2006a). Die Globalisierung der verschiedenen Funktionssysteme und ihrer Subsysteme (wissenschaftliche Disziplinen, Wirtschaftszweige, Rechtsbereiche etc.) erfolgt allerdings in unterschiedlicher Geschwindigkeit, über unterschiedliche Prozesse und in unterschiedlichen Formen. Die vergleichende Untersuchung dieser Unterschiede steht im Mittelpunkt des Kollegs.

2. Eine zweite Differenzierungsdimension schließt an die von Luhmann (1975b) eingeführte Unterscheidung zwischen Interaktion, Organisation und (Welt-)Gesellschaft an, die in der Weltgesellschaftstheorie bislang nicht systematisch genutzt wurde, und erweitert sie um die Strukturform des Netzwerkes. Interaktion, Organisations- und Netzwerkbildungen finden zwar in der Weltgesellschaft statt, aber nicht notwendig strikt innerhalb von einzelnen Funktionssystemen. Wir gehen von der Annahme aus, dass es sich um eigenständige Ebenen der Sozialorganisation handelt, die nicht aufeinander reduzierbar sind (Stichweh 1991). Dies bedeutet konkret, dass sich die Herstellung und Darstellung von Globalität im Prinzip auf allen Ebenen beschreiben lässt – interaktionstheoretisch, organisationssoziologisch, netzwerktheoretisch und gesellschaftstheoretisch –, auch wenn die Weltgesellschaft als „inklusive“ Zusammenhang die Rahmenbedingungen vorgibt und folglich aus weltgesellschaftstheoretischer Perspektive gesellschaftstheoretische Erklärungen analytisch primär sind.

Die allgemeine Frage nach der Herstellung und Repräsentation von Globalität soll in drei Forschungsschwerpunkten – „Soziale Mikrostrukturen“, „Organisation und Netzwerke“, und „Globale Semantiken“ – fokussiert werden. Die drei Forschungsschwerpunkte orientieren sich an der Unterscheidung zwischen Interaktion, Organisation, Netzwerk und Weltgesellschaft und bearbeiten die Leitfrage vergleichend für verschiedene Funktionssysteme. Im Folgenden werden zunächst drei Entwicklungsdimensionen von Globalität skizziert (3.2.). Anschließend werden die drei Forschungsschwerpunkte vorgestellt und beispielhaft mögliche Dissertationsthemen beschrieben (3.3.).

3.2 Entwicklungsdimensionen von Globalität

Um die unterschiedlichen Dynamiken und Verlaufsformen der Globalisierungsprozesse in den verschiedenen Funktionssystemen zu erfassen, werden drei Entwicklungsdimensionen von

Globalität unterschieden, die empirisch eng miteinander verzahnt sind und sich gegenseitig verstärken.

3.2.1 Globalität als potentiell weltumspannender Kommunikationszusammenhang

Eine erste Stufe der Herausbildung von Globalität ist erreicht, sobald ein potentiell weltumspannender Kommunikationszusammenhang entstanden ist, der nationale Grenzen transzendiert. Dieser Prozess der kommunikativen Entgrenzung steht im Mittelpunkt der Globalisierungsforschung, er bildet aber auch den Ausgangspunkt der systemtheoretischen Weltgesellschaftstheorie, die Weltgesellschaft als Einheit füreinander erreichbarer Kommunikationen definiert (vgl. Luhmann 1975a; Luhmann 1997: 145ff.). Während es der Systemtheorie um die Potentialität weltumspannender Kommunikation geht, versteht die Globalisierungsforschung unter „Globalisierung“ die faktische Vernetzung von Kommunikationen (vgl. etwa Beisheim et al. 1999). Entsprechend wird der Beginn des Globalisierungsprozesses zeitlich unterschiedlich verortet: die Systemtheorie setzt den Beginn der Herausbildung der Weltgesellschaft ähnlich wie Immanuel Wallerstein bereits im 16. Jahrhundert an (Luhmann 1997: 145ff.; Stichweh 2000: 245ff.), in der Öffentlichkeit und Teilen der Globalisierungsforschung werden Globalisierungsphänomene dagegen erst seit den 1970er Jahren entdeckt und teilweise als etwas grundlegend Neues interpretiert.³

Dieser Widerspruch löst sich auf, wenn man Potentialität und faktische Realisierung nicht als Gegensätze betrachtet, sondern als zeitlich gestaffelte Prozesse. Wie bereits angemerkt, ist die Potentialität grenzüberschreitender Kommunikation im sachspezifischen Universalismus der funktionalen Differenzierung bereits angelegt, die faktische Umsetzung kann jedoch in unterschiedlichem Ausmaß, in unterschiedlicher Geschwindigkeit und auf unterschiedlichen Dimensionen erfolgen. Obschon sich grenzüberschreitende Vernetzungen in einigen gesellschaftlichen Bereichen, vor allem in der Wirtschaft (Rörig 1971), der Wissenschaft (Shapin/Schaffer 1985) und der Religion (Casanova 2001) schon sehr früh herausgebildet haben, intensiviert sich diese Tendenz seit dem späten 18. Jahrhundert und erreicht einen ersten Höhepunkt zu Beginn des 20. Jahrhunderts (vgl. u.a. Osterhammel/Petersson 2003; Borchardt 2004). Ein bedeutender Faktor sind grundlegende Innovationen im Bereich der Transport- und Kommunikationstechnologien, die den grenzüberschreitenden Transfer von Informationen, Gütern und Personen wesentlich erleichtern (Wobring 2005). Der Globalisierungsschub ist nicht auf die Wirtschaft beschränkt (Abelshausen 2003a; Fischer 1998: 37ff.; Dunning 1993), sondern umfasst praktisch sämtliche Funktionssysteme, so etwa die Religion (Tyrell 2004), die Wissenschaft (Daston 1992; Jessen/Vogel 2003) und den Sport (Maguire 1994; Miller et al. 2001). Interessanterweise verläuft diese beschleunigte Globalisierung parallel zur Institutionalisierung des Nationalstaates. Ausdruck der

³ Die These, dass die Globalisierung einen epochalen Bruch darstellt, ist allerdings auch in der Globalisierungsforschung nicht unbestritten geblieben, vgl. etwa Wimmer 2001; Hirst/Thompson 1998; Held u.a. 1999; Robertson 1992; Therborn 2000: 158ff.

zunehmenden Bedeutung nationaler Grenzen sind der Aufbau von Zollbarrieren, Einwanderungsbeschränkungen und eine zunehmend restriktive Handhabung der Staatsbürgerschaft (u.a. Gosewinkel 2001, Bohn 2006) und auf kultureller Ebene ein prononcierter Nationalismus (vgl. u.a. Torp 2005; Langewiesche 2000; Hobsbawm 1996). Insgesamt scheinen die Einschränkungen des Freihandels und der Freizügigkeit den (wirtschaftlichen) Globalisierungsprozess aber eher verstärkt denn verhindert zu haben. So war etwa die Stärkung nationaler Akteure eine wichtige Voraussetzung für die Aushandlung und Garantie globaler Spielregeln, ohne die beispielsweise die Funktionsfähigkeit des Goldstandards als eines „wirksamen Weltgeldes“ nicht denkbar gewesen wäre (Borchardt 2001).

Dies macht deutlich, dass der Globalisierungsprozess nicht notwendig zu einer Auflösung nationaler Grenzen führt, sondern diese auch festigen kann, nicht nur auf struktureller Ebene, sondern vor allem auch auf der Ebene der Selbstbeschreibung. Heute stellt sich das Verhältnis von Globalisierung und Staatlichkeit allerdings um einiges komplexer dar und wird entsprechend uneinheitlich beschrieben. Während Teile der Globalisierungsforschung – von Held et al. (1999) als „Hyperglobalisten“ bezeichnet – einen Bedeutungsverlust des Nationalstaats konstatieren und teilweise sogar dessen Auflösung prognostizieren, gehen die systemtheoretische und neo-institutionalistische Weltgesellschaftsforschung von einem gegenseitigen Steigerungsverhältnis aus (Meyer 2005; Meyer et al. 2005; Stichweh 2000: 48ff.; Mersch 2005). So argumentiert etwa Schimank (2005b), dass die Interdependenzunterbrechung durch nationale Grenzen eine wesentliche Voraussetzung für die Herstellung und Reproduktion weltgesellschaftlicher Strukturen ist. Für die These, dass sich Nationalstaatlichkeit und die Herausbildung einer Weltgesellschaft gegenseitig verstärken, spricht nicht nur, dass sich die Sozialform des Nationalstaats seit dem Zweiten Weltkrieg weltweit durchgesetzt hat, sondern auch die Tatsache, dass sich der staatliche Regulationsbereich zunehmend erweitert, und zwar unabhängig von den verfügbaren staatlichen Ressourcen (Boli-Bennett 1980; Therborn 2000: 173f.). Studien zu den so genannten „failed states“ weisen allerdings darauf hin, dass es in einigen Regionen der Welt nur beschränkt gelingt, nationale Einheit herzustellen und das staatliche Gewaltmonopol auch faktisch durchzusetzen (Schlichte 2005; Wade 2005). Eine wesentliche Verschiebung hat vor allem auf der Ebene der Selbstbeschreibung stattgefunden, indem das im 19. Jahrhundert aufgekommene Bild des Nationalstaats als autonomer Akteur mit tendenziell unbeschränkten Souveränitätsrechten zunehmend infrage gestellt und zumindest partiell durch die Vorstellung einer globalen Sozialordnung ersetzt worden ist, der heute ähnliche Qualitäten zugeschrieben werden wie früher dem Nationalstaat (vgl. ähnlich Meyer et al. 2006: 33ff.). Ein wissenssoziologisch instruktiver Ausdruck dieses Deutungswandels ist die Konjunktur von sozialwissenschaftlichen Theorien, die die Entstehung einer globalen Ordnungsstruktur jenseits der Nationalstaaten postulieren (z. B. Weltgesellschaftstheorien) oder dem globalen

Wirtschafts- und Finanzsystem ein umfassende Determinationskraft zuschreiben, wie es etwa in der Weltsystemtheorie und in weiten Teile der Anti-Globalisierungsbewegung der Fall ist (vgl. exemplarisch Hardt/Negri 2002).

3.2.2 Globalität als globaler Beobachtungs- und Vergleichshorizont

Die Entstehung grenzüberschreitender Kommunikationszusammenhänge ist die Grundlage für die Etablierung von globalen Vergleichsdimensionen, über die Phänomene, die ursprünglich als singular oder inkommensurabel wahrgenommen wurden, in ein weltweites Bezugssystem integriert werden (vgl. allgemein Espeland/Stevens 1998). In Ansätzen etabliert sich eine solche Vergleichskultur bereits im 18. Jahrhundert und führt gleichzeitig dazu, dass nicht nur die eigene Lebenswirklichkeit, sondern auch die Vergleichsgesichtspunkte kontingent werden (Luhmann 1995). Der Vergleich ist zu diesem Zeitpunkt jedoch noch europazentriert und wenig standardisiert. Im Verlaufe des 19. und verstärkt im 20. Jahrhundert kommt es zu einer Dezentrierung der Vergleichsperspektive und zu einer zunehmenden Standardisierung des Vergleichs mit der Folge, dass damit ein potentiell globaler Beobachtungsraum geschaffen wird.

Ein augenfälliges Beispiel für diese Entwicklung ist der Sport. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entwickeln sich weltweit verbindliche und hoch standardisierte Wettkampffregeln, die Leistungsvergleiche auch über den einzelnen Wettkampf hinaus ermöglichen. Damit wird ein globaler Vergleichshorizont geschaffen, ungeachtet der Tatsache, dass Wettkämpfe „lokale“ Ereignisse bleiben und der Sport nach wie vor national organisiert ist und nationale Zurechnungen ein wesentliches Moment seiner (Selbst-)Beschreibung bilden (Werron 2005). Ein anderes Beispiel ist die Wissenschaft, die zum gleichen Zeitpunkt über die internationale Standardisierung der Messverfahren und Messbedingungen (Labor) die Voraussetzung für einen globalen Vergleich von Forschungsergebnissen schafft (vgl. James 1989; Daston 1992, sowie als instruktives Kontrastbeispiel Rees 2001). Die Durchsetzung von weltweit einheitlichen Vergleichskriterien und Vergleichsbedingungen beschleunigt sich nach dem Zweiten Weltkrieg und erhält eine zunehmend standardisierte Form. Brunsson/Jacobsson (2000) sprechen in diesem Zusammenhang treffend von einer „World of Standards“. Standards spezifizieren nicht nur weltweit verbindliche Verhaltensprogramme („standards about doing something“), sondern fixieren auch Einheiten („standards about being something“) und schreiben ihnen einheitliche Merkmale und Zielgrößen zu („standards about having something“) (ebd.: 4ff.). Beispielhaft dafür sind internationale Standards im Bereich der Rechnungslegung (vgl. u.a. Hessling/Mennicken 2006; Jang 2006) oder ökologische und soziale *codes of conduct* für Unternehmen, die sich im Zusammenspiel von Weltöffentlichkeit, Unternehmen und internationalen gouvernementalen wie nicht-

gouvernementalen Akteuren herausbilden (*corporate responsibility*; Pearson/Seyfang 2001; vgl. dazu auch die Dissertation von U. Mühle).

Die Durchsetzung weltweit einheitlicher Vergleichsdimensionen bildet die Grundlage für eine statistische Vermessung, über die sich die Vergleichseinheiten in eine quantitative Rangordnung bringen lassen. Damit wird die Selektivität der Beobachtung auf einer weiteren Beschreibungsebene noch einmal verstärkt, aber aufgrund der Faktizitätsaura von Zahlen gleichzeitig auch partiell unsichtbar gemacht (vgl. u.a. Hacking 1992; Porter 1995; sowie für den Bereich des Sports Werron 2006). Beispielhaft dafür ist der Aufbau einer internationalen Statistik, über die die Beobachtung der Länder nach dem Vergleichsgesichtspunkt ihrer Entwicklung gestützt und in einem gewissen Sinne „objektiviert“ wurde (vgl. Heintz 2006). Ähnlich wie der Aufbau nationaler Statistiken im 19. Jahrhundert dazu beitrug, die Nation als Kollektiv vorstellbar zu machen (vgl. u.a. Nikolow 2002; Patriarca 1996), dienen solche ländervergleichenden Statistiken dazu, die Weltgemeinschaft als Einheit erfahrbar zu machen – sie zu „repräsentieren“. In neuester Zeit werden solche „Leistungsvergleiche“ gezielt als politisches Steuerungsinstrument eingesetzt (vgl. etwa Townley 1995; Sherman 2004). Das bekannteste Beispiel ist die „Offene Methode der Koordinierung“ in der EU, aber auch in der UN dienen Statistiken zunehmend als Entscheidungsgrundlage für die Formulierung und Evaluation von entwicklungspolitischen Programmen (vgl. Mikkelsen 2000; Scheinin 2005). Obschon die quantitative Erfassung ursprünglich qualitativer Vergleiche in den letzten Jahren stark zugenommen hat, angefangen bei Kreditrankings (Power 2005) über Pisa-Erhebungen und Umweltstatistiken (Miller 2005) bis hin zur wissenschaftlichen Leistungsbeurteilung aufgrund von Publikationsraten und Zitationsquoten (Weingart 2005), wurde deren Bedeutung für die Herstellung und Deutung von Globalität bislang noch kaum untersucht.

3.1.3. Globalität als Herausbildung globaler Ordnungsstrukturen

Die Etablierung eines globalen Vergleichshorizonts kann, aber muss nicht zur Herausbildung von übergeordneten Ordnungsstrukturen führen, die weltweite Verbindlichkeit beanspruchen und gewissermaßen in der Vertikalen auf Ereignisse und Prozesse auf tiefer liegenden Ebene einwirken. In der politikwissenschaftlichen Globalisierungsforschung werden diese Ordnungsstrukturen unter dem Begriff der „global governance“ (vgl. als Überblick Wilkinson 2005) und aus der Perspektive internationaler Regimebildung diskutiert. Die Herausbildung globaler Ordnungsstrukturen hat sich seit dem Zweiten Weltkrieg beschleunigt und gleichzeitig einen qualitativen Wandel erfahren (exemplarisch dazu Kessler 2005). Ein qualitativ neues Phänomen ist vor allem die zunehmende Verrechtlichung globaler Institutionen (Abbott u.a. 2000), aber auch die Ausbreitung von Formen einer „private authority“ im globalen politischen System (vgl. etwa Cutler u.a. 1999; Hall/Biersteker 2002). Ein neues Forschungsfeld befasst sich mit der Frage, inwieweit sich auch im Bereich der Sozialpolitik globale Modelle herausbilden, oft differenziert nach unterschiedlichen

sozialpolitischen Feldern (Alterssicherung, Gesundheit, Arbeitsschutz), die nationale sozialpolitische Varianten überformen und in nicht-westlichen Weltregionen zur Entstehung „neuer Wohlfahrtsstaaten“ führen (Leisering 2003). Bei der Entwicklung dieser „social global governance“ (Deacon et al. 2003) spielen Internationale Organisationen wie Weltbank und ILO eine wesentliche Rolle und sind auch maßgeblich an deren Diffusion beteiligt (Abbott/DeViney 1992; Leisering 2005; vgl. auch die Dissertation von V. Wodsack). Globale Erwartungsstrukturen stehen auch im Mittelpunkt der neo-institutionalistischen Weltgesellschaftstheorie und werden hier unter dem Begriff der „world polity“ bzw. „Weltkultur“ analysiert (vgl. zusammenfassend Meyer et al. 2005). Aus der Perspektive des Neo-Institutionalismus hat sich seit dem Zweiten Weltkrieg eine globale Ordnungsstruktur herausgebildet, die Deutungsmodelle und Verhaltensskripte bereitstellt, an denen sich Staaten und zunehmend auch Organisationen orientieren, um sich gegenüber der Weltöffentlichkeit zu legitimieren. Eine wichtige Rolle bei der Verbreitung globaler Verhaltensmodelle spielen internationale Regierungsorganisationen und – in wachsendem Maße – Nicht-Regierungsorganisationen, die sich in den letzten Jahrzehnten rapide ausgebreitet haben und zwischen der globalen und nationalen Ebene eine Scharnierfunktion einnehmen (Boli/Thomas 1999; Dori et al. 2006; Jakobi/Martens 2007). Die Folge dieses Diffusionsprozesses ist eine zunehmende institutionelle Angleichung zwischen den einzelnen Ländern (vgl. u.a. Meyer et al. 2005). Solche Konvergenzen wurden anhand von quantitativen Längsschnittuntersuchungen für verschiedene Bereiche nachgewiesen, z. B. für das Bildungs- und Wissenschaftssystem (Drori et al. 2003; Finnemore 1993; Jakobi 2006), den Umweltschutz (Meyer et al. 1997, Frank et al. 2000), die Gesundheitspolitik (Inoue/Drori 2006), den Aufbau und den Inhalt von Verfassungen (Boli-Bennett 1979; Go 2003; Heintz/Schnabel 2006), und die Gleichstellungspolitik (u.a. Berkovitch 1999; Ramirez/McEneaney 1997). Angesichts der massiven kulturellen und materiellen Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern ist allerdings oft festzustellen, dass die Befolgung der externen Erwartungen in vielen Fällen auf einer symbolischen Ebene verbleibt. Das Resultat ist eine weitgehende Dissoziation – eine „lose Kopplung“ (Meyer et al. 2005: 99ff.) – zwischen faktischer Handlung und Handlungsdeklaration. Dies verweist darauf, dass Globalisierungsprozesse in den verschiedenen Weltregionen unterschiedlich greifen und unterschiedliche Folgen haben.

Qualitative Studien zeigen denn auch, dass die globalen Erwartungen in vielen Fällen zwar auf einer formalen Ebene erfüllt werden (z. B. durch die Ratifikation von internationalen Verträgen, Verfassungsänderungen und den Aufbau von staatlichen Einrichtungen), aber ihre Umsetzung von spezifischen nationalen Kontextbedingungen abhängig ist. Solche Diskrepanzen wurden vor allem im Bereich der Menschenrechte untersucht (vgl. u.a. Cole 2005; Keith 2002). Da Menschenrechte praktisch weltweit akzeptiert sind, Regelverstöße aber nicht wirksam überwacht und sanktioniert werden, ist die Ratifizierung von

Menschenrechtsabkommen eine leicht zugängliche Form der Legitimationsbeschaffung, unter deren Mantel sich die faktische Repression unter Umständen noch verstärken kann. Allerdings machen sich Regierungen dadurch auch verletzlich, indem ihr offizielles Bekenntnis zum Menschenrechtsschutz von sozialen Bewegungen aufgegriffen und als Argumentationsressource genutzt werden kann (vgl. Heintz et. al. 2006; Risse et al. 2002). Hafner-Burton/Tsutsui (2005) sprechen deshalb von einem „paradox of empty promises“.

3.3 Forschungsschwerpunkte und Dissertationsprojekte

Dieser kurze Überblick macht deutlich, dass sich die Herstellung von Globalität in den verschiedenen Funktionssystemen und ihren Subsystemen in unterschiedlicher Geschwindigkeit entwickelt und durch unterschiedliche Strukturformen zustande kommt. Die vergleichende Untersuchung dieser Prozesse und Strukturformen bildet den Fokus des Graduiertenkollegs, der in drei Forschungsschwerpunkten konkretisiert werden soll. Die Forschungsschwerpunkte beziehen sich auf die Unterscheidung zwischen unterschiedlichen Ebenen der Sozialorganisation und orientieren sich an der Leitfrage, welchen Beitrag Interaktionen, Organisationen und Netzwerke zur Herausbildung der drei genannten Formen von Globalität leisten und seit wann und auf welche Weise der globale Zusammenhang als eine Einheit – als eine allen gemeinsame „Weltgesellschaft“ – gedeutet wird.

Forschungsschwerpunkt 1: Soziale Mikrostrukturen: Interaktion und Globalisierung

Prozesse der Globalisierung werden typischerweise als Makrovorgänge konzipiert, deren Beschreibung oft von einer impliziten oder expliziten Wachstumssemantik gekennzeichnet ist. Konstatiert wird die „Ausdehnung“ von Märkten und Risiken, die „Expansion“ politischer Institutionen und rechtlich-administrativer Einrichtungen oder die weltumspannende „Ausbreitung“ sozialer Netze und kultureller Produktionssphären. Das Schwergewicht der Forschung liegt entsprechend auf der Analyse von Makrostrukturen, während soziale Mikrostrukturen, die ihren Ort typischerweise in der direkten Interaktion haben, von so unscheinbarer Größe sind, dass sie in weiten Teilen der Weltgesellschafts- und Globalisierungsforschung als vernachlässigbares Phänomen behandelt werden (vgl. 3.1). Erst seit einigen Jahren weisen verschiedene Autoren darauf hin, dass sich Globalisierungsprozesse nur unzureichend erfassen lassen, wenn sie allein auf einer Makroebene angesiedelt und in Begriffen einer sich steigernden institutionellen Komplexität konzipiert werden (vgl. etwa Law 2004; Knorr Cetina 2005). Dass soziale Mikrostrukturen für das Verständnis von Globalisierungsprozessen relevant sind, lässt sich auf unterschiedliche Weise plausibilisieren.

Zunächst ist festzuhalten, dass der Sachverhalt, auf den die Unterscheidung zwischen Mikro- und Makrostrukturen abzielt, nicht invarianter Natur ist, sondern selbst als Resultat der

gesellschaftlichen Evolution betrachtet werden muss. Einfache Stammesgesellschaften waren noch ausschließlich „face-to-face Gesellschaften“ (Laslett 1967), in denen Gesellschaft praktisch nur als Interaktion vorkam; mit der Mikro-Makro-Unterscheidung lässt sich hier nicht sinnvoll operieren. In dem Maß jedoch, in dem sich Gesellschaft als ein übergreifendes Sozialsystem herausbildet, treten Interaktion und Gesellschaft immer mehr auseinander (vgl. etwa Luhmann 1975b; Luhmann 1997: 812ff.). Die Interaktion koppelt sich partiell von ihrer gesamtgesellschaftlichen Umwelt ab, sie wird dadurch freier und autonomer, was bedeutet, dass gesellschaftliche Zugehörigkeiten Charakter und Verlauf eines interaktiven Geschehens immer weniger regulieren, sondern im Sinne von Goffmans „civil inattention“ (Goffman 1963) unter Beachtungsverbot gestellt werden (Kieserling 2006). Die Interaktion wird dadurch freier und autonomer und bringt in immer stärkerem Maß selbst die Unterscheidungen hervor, nach denen sie prozessiert, mit dem Resultat, dass sie insgesamt situativer, elastischer, und kontingenzfreudiger wird.

Es sind diese spezifischen Merkmale der Interaktion, die ihr auch in globalen Zusammenhängen eine besondere Rolle zuweisen. Soziale Mikrostrukturen sind zwar für sich allein nicht geeignet, Ordnung im Sinn dauerhafter Strukturbildung zu gewährleisten, doch sie können Kontinuität und Erwartbarkeit erzeugen – zwar immer nur kurzzeitig und situiert, dafür aber in unendlicher Fülle und Wiederholbarkeit und durch Herstellung eines dichten Geflechts aus Ko-Orientierung und Interaktion (Bergmann 2002). Aufgrund ihrer Elastizität und Absorptionsfähigkeit (Goffman: „Conversation burns everything“) bildet die „Kommunikation unter Anwesenden“ (Kieserling 1999) eine wichtige Ressource überall dort, wo große soziale und kulturelle Heterogenität zur Blockade von Kommunikation zu werden droht. Sie sind in dieser Situation ordnungsgenerierend, weil sie allen Beteiligten ein hohes Maß an Reziprozität und Opportunismus abverlangen und weil „negotiation“ und Konsensorientierung eines ihrer wesentlichen Strukturmerkmale bilden.

Die Frage nach der Bedeutung von Interaktion für die Herstellung und Repräsentation von Globalität kehrt die Perspektive, aus der die Beziehung zwischen Mikro- und Makroebene in der Globalisierungsforschung bislang zumeist untersucht wurde, um. Traditionell befasst sich die Forschung mit den Auswirkungen des Globalisierungsprozesses auf lokale Mikrostrukturen, d. h. das Verhältnis von Globalisierung und Mikrostrukturen wird aus einer Top-Down-Perspektive konzipiert. Damit befassen sich z. B. zahlreiche Studien, die in der Tradition der „cultural studies“ stehen und/oder sich dem Phänomen der „Glokalisierung“ widmen (Robertson 1995, Kearney 1995, Ritzer 2003, exemplarisch Kraidy 1999). Untersuchungen, die dieser Perspektive folgen, sind für das Programm des Graduiertenkollegs von untergeordneter Bedeutung. Stattdessen wird danach gefragt, wie globale Makrostrukturen aus lokalen Mikroereignissen entstehen und inwieweit der Kommunikation

unter Anwesenden eine globale Ordnungs- und Koordinationsfunktion zukommt. Im Einzelnen orientiert sich der Forschungsschwerpunkt an drei Leitfragen:

a. Mikrogenese globaler Strukturen

Ein erstes Forschungsfeld bezieht sich auf die Frage, unter welchen Bedingungen und auf welche Weise lokale Mikroereignisse zu „Weltereignissen“ werden, die in der Folge u.U. zu globalen Strukturbildungen führen. Solche Prozesse der Mikrogenese globaler Ereignisse und Strukturen lassen sich vergleichend für verschiedene Funktionssysteme untersuchen. So hat etwa Fischer-Lescano (2005) für den Bereich des Rechts rekonstruiert, wie ausgehend von einer lokalen Protestaktion – den Mahnwachen der Madres auf der Plaza de Mayo in Buenos Aires – ein Skandalisierungsprozess in Gang gesetzt wurde, der unter Beobachtung der Massenmedien und unterstützt durch globale Menschenrechts-NGOs zur Institutionalisierung einer globalen Rechtsnorm geführt hat, die das Verschwindenlassen von Gefangenen als Verstoß gegen die Fundamentalmenschenrechte einstuft. Ein anderes Beispiel ist die völkerrechtliche Anerkennung der Gewalt an Frauen als Menschenrechtsverletzung in den 90er Jahren. Hier wäre auf ähnliche Weise zu rekonstruieren, inwieweit die in diesem Zusammenhang entscheidende Kampagne „Frauenrechte sind Menschenrechte“, die unter Rekurs auf bestehende Rechtsnormen Gewalt an Frauen erfolgreich skandalisierte, aus lokalen Mikroereignissen entstanden ist (u.a. Joachim 2001). Weitere Dissertationen könnten sich mit der Frage befassen, unter welchen Bedingungen es ethnischen oder religiösen Minderheiten gelingt, ihren zunächst lokal artikulierten Forderungen weltweite Resonanz zu verschaffen (Pfaff-Czarnecka 2005a).

Diese Beispiele machen deutlich, dass den Massen- und Verbreitungsmedien in diesem Prozess eine zentrale Rolle zukommt. Lokale Mikroereignisse, seien sie auch noch so spektakulär, werden nicht von selbst zu „Weltereignissen“, sondern nur gefiltert und verstärkt durch die medialen Beobachtungsschemata, die nach eigenen Gesetzen darüber entscheiden, welche Ereignisse als „Information“ behandelt und weltweit diffundiert werden. In diesem Zusammenhang interessante Untersuchungsfelder sind lokale Protestaktionen gegen große infrastrukturelle Projekte, z. B. Staudämme (Pfaff-Czarnecka 2006) oder Umweltkatastrophen, die nur unter spezifischen Bedingungen zu global rezipierten Weltereignissen werden. Dissertationen könnten z. B. in Form einer „global ethnography“ (Buraway/Blum 2000) resp. multi-sited ethnography“ (Marcus 1995) rekonstruieren, auf welche Weise und in welcher Geschwindigkeit solche lokalen Ereignisse in ein Weltereignis transformiert werden und welche Voraussetzungen gegeben sein müssen, damit sie von Medien und global operierenden NGOs aufgegriffen werden (vgl. Anghel et al. 2007; Pfaff-Czarnecka 2005b).

Prozesse der Mikrogenese globaler Strukturen lassen sich auch im Bereich der Wirtschaft untersuchen. So weisen Untersuchungen darauf hin, dass die Entwicklung globaler Standards der Rechnungslegung außerhalb von etablierten Organisationen in vorwiegend interaktiven

Prozesse ausgehandelt und dadurch mit Legitimation versehen werden (vgl. Tamm Hallström 2004; Botzem/Quack 2006). Es wäre zu prüfen, inwieweit solche interaktionsförmigen Verfahren auch für die Entwicklung anderer Standards und Regelungsstrukturen festzustellen sind (vgl. zum Internet Hofmann 2005). Obschon diese Studien den institutionellen Aspekt in den Vordergrund rücken und nicht explizit interaktionstheoretisch argumentieren, fällt auf, dass es sich dabei um interaktive Verfahren handelt, die formal eine ähnliche Struktur haben, wie sie Luhmann (1978) für die Legitimationsbeschaffung von Entscheidungen im nationalen Rahmen beschrieben hat. In beiden Fällen handelt es sich um eigenständige und von etablierten Organisationen abgekoppelte Interaktionssysteme, die inklusiv und ergebnisoffen operieren, aber durch sukzessive Selbstfestlegungen am Ende zu einer Entscheidung gelangen, die die Beteiligten bindet. Daran lässt sich die in Dissertationsprojekten zu überprüfende These anschließen, dass diesem Typus von Verfahren auf globaler Ebene eine besondere Bedeutung zukommt, da es in diesem Fall keinen quasi-staatlichen Akteur gibt, der verbindlich Entscheidungen fällen und durchsetzen kann.

b. Globale Mikrostrukturen

Ein weiteres Untersuchungsfeld sind „globale Mikrostrukturen“, d. h. Strukturformen, die in ihrer Ausdehnung global sind, aber primär über (direkte oder computervermittelte) Interaktion koordiniert werden (vgl. zu diesem Begriff Knorr-Cetina/Bruegger 2002). Ein Beispiel dafür ist das bislang wenig beachtete Phänomen, dass die Mobilität im beruflichen Kontext trotz der Möglichkeit zur Fernkommunikation (Email, Videokonferenzen etc.) stetig ansteigt. Offenbar müssen soziale Bindungen und Netzwerke gerade auch in deterritorial agierenden Unternehmen fortwährend über persönliche Begegnungen, „meetings“ etc. bestätigt und verstärkt werden (Urry 2003; Frohnen 2005). Dies weist darauf hin, dass der Kommunikation unter Anwesenden auch in globalen Zusammenhängen eine wesentliche Funktion zukommt, die durch Verregelung oder schriftliche Kommunikation nicht zu ersetzen ist. Ein Grund dafür liegt vermutlich darin, dass mit der globalen Ausdehnung von Organisationen und Netzwerken die kulturelle und soziale Heterogenität unter den Beteiligten zunimmt. Dies kann zu Verständigungsschwierigkeiten und Kommunikationsblockaden führen, deren „Reparatur“ offenbar auf die Ressourcen der direkten Interaktion angewiesen ist. Denkbar sind Dissertationsprojekte, die die Bedeutung direkter Interaktion nicht nur in global operierenden Wirtschaftsunternehmen untersuchen, sondern auch in anderen Funktionssystemen, etwa am Beispiel von politischen Organisationen wie der UNO und ihrer Sonderorganisationen, internationalen Sportorganisationen (FIFA, Eisenberg 2006) oder am Beispiel globaler sozialer Bewegungen wie etwa der Anti-Globalisierungsbewegung.

Ähnlich hat auch computervermittelte Interaktion eine wichtige Koordinations- und Vernetzungsfunktion. Es gibt zwar einige Studien, die am Beispiel von Selbsthilfegruppen, Spielgemeinschaften oder der open-software-Szene untersuchen, inwieweit sich im Internet soziale oder professionelle Netzwerke bzw. „Gemeinschaften“ bilden (vgl. etwa Thiedeke

2000; Kollock/Smith 1999), der Bezug zu globalisierungstheoretischen Fragestellungen wird aber selten hergestellt (vgl. aber die Dissertation von F. Lehmann). Bei computervermittelter Interaktion ist das für Interaktionen typische Merkmal der gegenseitigen Wahrnehmung außer Kraft gesetzt, gleichzeitig weist sie aber Besonderheiten auf, die die konventionelle Trennung zwischen Mündlichkeit und Schriftlichkeit unterlaufen (vgl. Heintz 2003). Entscheidend und klärungsbedürftig ist deshalb die Frage, über welche Mikromechanismen es gelingt, diese Einschränkungen zu kompensieren und translokale Beziehungen aufrecht zu erhalten. Ein Beispiel dafür sind die von Karin Knorr Cetina untersuchten globalen Finanzmärkte, die als eine Art „virtuelle“ und global vernetzte Interaktionssysteme funktionieren (vgl. Knorr Cetina/Bruegger 2002). Die Koordination über Interaktion gelingt hier deswegen, weil die Welt auf einen kleinen visualisierbaren Ausschnitt reduziert und die Verkehrssprache hochgradig standardisiert ist. Ein anderes Beispiel sind Migrantenforen im Internet, bei denen der gemeinsame kulturelle Hintergrund ein wesentlicher Stabilisierungsfaktor ist (vgl. Greschke i.V.). In Dissertationsprojekten könnte vergleichend untersucht werden, über welche Mikromechanismen sich kommunikative Vernetzungen mit globaler Reichweite herausbilden und stabilisieren können, ohne auf face-to-face-Kontakte oder eine organisationale Abstützung angewiesen zu sein.

c. Welttreffen als große Interaktionssysteme

Ein drittes Untersuchungsfeld sind Welttreffen, die in den letzten Jahren in zunehmender Frequenz und unter gesteigerter medialer Beobachtung in praktisch allen Funktionssystemen zu beobachten sind. Von globalen Mikrostrukturen unterscheiden sich Welttreffen vor allem darin, dass sie in vielen Fällen organisatorisch auf Dauer gestellt und als Großereignisse inszeniert sind, über die die Idee einer „Weltgemeinschaft“ weltweit beobachtbar gemacht wird. Damit liefern Welttreffen nicht nur einen wichtigen Beitrag zur Herstellung, sondern auch zur Darstellung von Globalität und bringen damit die Vorstellung der Einheit des globalen Zusammenhangs anschaulich zum Ausdruck (vgl. dazu auch den Forschungsschwerpunkt 3: Globale Semantiken). Welttreffen lassen sich als eine spezifische Form von Weltereignissen interpretieren (vgl. Stichweh 2006b), deren Bedeutung für den Globalisierungsprozess bislang kaum systematisch untersucht wurde. Das Forschungsprogramm kann hier an Vorarbeiten des Graduiertenkollegs anknüpfen, so vor allem an eine von drei Kollegiaten organisierte Tagung zu Weltereignissen als neue globale Strukturform (vgl. dazu Nacke, Unkelbach, Werron i.V.). Die Tatsache, dass sich eine Vielzahl von Personen an einem Ort für wenige Tage treffen, ist angesichts der Verbreitung von Kommunikationstechnologien ein erstaunliches Phänomen und verweist einmal mehr auf die Bedeutung von Interaktion als einem ordnungsgenerierendem Prinzip. In Dissertationsprojekten könnte untersucht werden, welche Bedeutung solche Welttreffen in den verschiedenen Funktionssystemen besitzen, worauf der spezifische Effekt einer Kommunikation unter Anwesenden beruht und über welche interaktiven Mechanismen

Kommunikationsblockaden u.U. aufgelöst werden. Ein prominentes Beispiel sind die UN-Weltkonferenzen, deren Zahl in den letzten Jahrzehnten stark zugenommen hat und die in vielen Politikfeldern ein offenbar unverzichtbares Forum des Gedankenaustausches, der Kontaktknüpfung und der Artikulation von Akteursinteressen geworden sind (vgl. Boli/Lechner 2005: 81ff.; Clark et al. 1998; Schechter 2001). Weitere Untersuchungsfälle sind z.B. das Weltsozialforum, (Welt-)Wirtschaftsmessen, Sportweltmeisterschaften oder im Bereich der Religion Weltbischofssynoden und Vatikanische Konzile (vgl. Nacke et al. 2006 sowie die Dissertationen von S. Nacke und R. Unkelbach). An diesen und anderen Beispielen ließe sich das Zusammenspiel von Interaktion und Massenmedien mit Blick auf die Herstellung und Repräsentation von Globalität vergleichend für unterschiedliche Funktionssysteme untersuchen.

Forschungsschwerpunkt 2: Organisationen und Netzwerke als Träger von Globalisierungsprozessen

Organisationen und Netzwerke sind auf verschiedene Weise an der Herstellung von Globalität beteiligt: sie sind einerseits Träger von Globalisierungsprozessen und können andererseits selbst globale Reichweite erreichen. Bemerkenswert wenig ist aber darüber bekannt, in welcher Weise sie bei der Herstellung von Globalität ineinander greifen und ob sich ihr Zusammenwirken in den verschiedenen Funktionsbereichen unterscheidet. Um diese Frage zu untersuchen, müssen Organisationen und Netzwerke – als zwei distinkte Sozialformen – begrifflich präzise unterschieden werden.⁴ Dazu ist insbesondere der Netzwerkbegriff über methodisch-formale Fassungen (im Überblick: Trenzzini 1998) und morphologisch-semantische Verwendungen (Hessinger, i. V.) hinaus zu profilieren, da mit ihm in vielen Fällen nur auf eine hohe strukturelle Komplexität im Gegenstand aufmerksam gemacht wird (vgl. exemplarisch Castells 1999).

Für moderne Organisationen gilt in der Soziologie seit ihren Anfängen, dass ihre Reproduktion auf einem Primat der Sachdimension vor der Sozialdimension beruht, sie in dieser Hinsicht als universalistisch und formal gelten können (Weber 1980, Luhmann 1964). Sozialtheoretische Netzwerkansätze (Burt 1982, Granovetter 1985) lassen demgegenüber den Schluss zu, dass sich soziale Netzwerke grundsätzlich partikular, d. h. an bestimmten Personen bilden und sich damit unter Führung der Sozialdimension konstituieren (Tacke 2000). Ausgehend von verfügbaren und sozial ansprechbaren personalen oder organisatorischen „Adressen“ (Fuchs 1997) entscheidet sich, welche heterogenen Sachleistungen (Wissen, politische Unterstützung, Zugang zu Arbeitsstellen etc.) ein

⁴ Forschungen speziell zu organisatorisch initiierten Netzwerken (im Überblick: Weyer 2000, Kenis 1996) beziehen sich theoretisch überwiegend auf die kategoriale Unterscheidung von Markt, Staat/Hierarchie, Netzwerk (Thorelli 1986, Williamson 1996, Powell 1990). Formen der Kopplung von Organisationen und Netzwerken lassen sich in diesem Rahmen nicht konzeptualisieren (vgl. Bommers/Tacke 2006b).

Netzwerk kombiniert und über welchen Modus des reziproken Leistungsaustausches es sich gegebenenfalls zu stabilisieren vermag (Bommes/Tacke 2005, 2006). Während Organisationen ihre spezifisch „versachlichte“ (Weber) Leistungsfähigkeit und Strukturstabilität auf der Basis formal konditionierter Mitgliedschaften und scharfer Grenzziehung gewinnen können, ist die Selbsterzeugung und -stabilisierung sozialer Netzwerke grundsätzlich prekär, da sie auf die Vorteile formaler Hierarchien und klarer Mitgliedschaftsregeln verzichten müssen und von Selbsteinschränkungen in sozialer (Teilnehmer), sachlicher (Leistungsspektrum) wie zeitlicher Hinsicht (Reziprozitäten) abhängig sind.

Ausgehend von dieser begrifflichen Unterscheidung gliedert sich der Forschungsschwerpunkt in drei Themenbereiche. Im ersten Themenbereich geht es primär um das „going global“ von Organisationen: Auf welche Weise und unter welchen Bedingungen vollzieht sich die Globalisierung von Organisationen und unterscheiden sich diese Prozesse in den einzelnen Funktionssystemen? Zusätzlich danach gefragt, inwiefern Netzwerkbildungen zu diesem Prozess beitragen. Komplementär dazu steht im zweiten Themenbereich das „going global“ von Netzwerken im Vordergrund: Unter welchen Voraussetzungen erreichen personale Netzwerke globale Reichweite und welche Bedingungen gelingt es, transnationale Beziehungen zu stabilisieren? Im Mittelpunkt des dritten Themenbereichs steht die bislang noch wenig untersuchte Frage des Zusammenwirkens von Netzwerken und Organisationen: Unter welchen Bedingungen und wo entwickeln sich neue Strukturformen, in denen Netzwerk und Organisation eine spezifische Verbindung eingehen und inwiefern liegt der in der Literatur immer wieder konstatierte Globalisierungseffekt von Organisationen und Netzwerken gerade in solchen neuen und flexiblen Verbindungsformen?

a. Prozesse des „going global“ von Organisationen und organisatorischen Netzwerken

Obgleich inzwischen zahlreiche Studien zur „Transnationalisierung“ von Unternehmen⁵ sowie auch vereinzelte Darstellungen zum „going global“ von NGOs⁶ vorliegen, gibt es bislang nur wenige Untersuchungen, die sich aus einer genuin organisationssoziologischen Perspektive mit den binnenorganisatorischen Prozessen der Globalisierung befassen und dabei auch die Frage beantworten, mit welchen Friktionen und Beharrungskräften die Herausbildung globaler organisatorischer Orientierungen verbunden ist (Hirsch-Kreinsen 1997; Mense-Petermann 2006). Dissertationen können hier vertieft untersuchen, wie sich im Zuge des „going global“ unterschiedliche organisatorische Strukturdimensionen (Aufgabenbereiche, Kommunikationswege, Personal, Entscheidungsstrukturen) verändern und ob dies in allen gesellschaftlichen Funktionskontexten auf die gleiche Weise geschieht. Besonders ertragreich in diesem Zusammenhang könnten auch historische Studien sein, die

⁵ Siehe zu Unternehmensfallstudien die Sammelbände von: Boyer et al. 1998, Eckardt et al. 1999, Morgan et al. 2001; zum organisationstheoretischen Desiderat Hilliard 2006, siehe aber Mense-Petermann 2006; Mense-Petermann/Wagner 2006.

⁶ Vgl. Lindenberg/Dobel 1999, Foreman 1999, Henry 1999, Salm 1999.

aus einer Langzeitperspektive untersuchen, über welche Prozesse der Mobilisierung von Ressourcen Organisationen die Kapazität erlangen, in beträchtlichem Ausmaß Raum und Zeit an sich zu binden (Giddens 1988). Als Untersuchungsgegenstand kommen hier die zunehmend weltweit agierenden exportorientierten Großkonzerne des 19. und frühen 20. Jahrhunderts in Frage (Welskopp 2004b). Besonderes Augenmerk könnte darauf gerichtet werden, in welcher Form und mit welchen Folgen Organisationen am Aufbau globaler Infrastrukturen beteiligt sind, seien es Verbreitungsmedien wie die Telegrafie oder Telefonie oder Verkehrswege wie die Eisenbahnlinien, Schiffsrouten oder Flugpläne des 19. und 20. Jahrhunderts. Wir nehmen an, dass sich die Strukturen der Organisationen im Übergang von der Aufbau- zur Betriebsphase dieser Infrastrukturen oftmals entscheidend veränderten (Welskopp 2004a).

Im Zusammenhang mit Beschreibungen der Transnationalisierung von Unternehmen ist zwar oft von Netzwerken die Rede (Goshal/Bartlett 1989, Dörrenbacher/Riedel 2000, Lindenberg/Bryant 2001), der Begriff wird aber häufig nur im einem sehr allgemeinen Sinne verwendet, so etwa wenn das transnationale Unternehmen insgesamt als „Netzwerk“ beschrieben wird (Bartlett/Goshal 1989). Unterscheidet man begrifflich zwischen Organisation und Netzwerken, dann fällt auf, dass sich Globalisierungsprozesse in der Wirtschaft nach wie vor primär im Rahmen von Organisationen (Goshal/Bartlett 1998, Zündorf 1999, Mense-Petermann 2006) vollziehen, allerdings scheinen insbesondere externe Netzwerkbildungen eine wichtige Unterstützungsfunktion zu haben. Ökonomisch betrachtet, haben Organisationen und Netzwerke gemeinsam, dass sie – verglichen mit Markttransaktionen – in der Lage sind, Transaktionskosten zu reduzieren (Coase 1988; Williamson 1996). Vor allem von der Morphologie der Märkte und historisch herausgebildeten Produktionsweisen hängt es danach ab, welcher Sozialform der Vorzug gegeben wird (Herrigel 1996, Abelshauer 2003a). So wäre z. B. zu untersuchen, inwieweit regionale Netzwerkbildungen (Cluster) kleiner und mittlerer Unternehmen nicht nur – top down – auf Globalisierungsprozesse reagieren, um Wettbewerbsvorteile auf Weltmärkten mit diversifizierter Qualitätsproduktion zu sichern (Herrigel 1996, Hall/Soskice 2003, Abelshauer 2003a), sondern auch – bottom-up – als Struktur fungieren, um kooperative Formen des Auslandsengagements zu entwickeln und defizitäre Kapazitäten eines organisationsindividuellen ‚going global‘ auszugleichen (siehe die Dissertation von L. Knoll).

Überträgt man die Unterscheidung zwischen politischem Zentrum (organisierte Staatlichkeit) und politischer Peripherie (Formen politischer Mobilisierung) (Luhmann 2000) auf das globale politische System, so lässt sich vermuten, dass im Zentrum des weltpolitischen Systems staatlich getragene formale Organisationen dominieren, während in der Peripherie vor allem NGOs und bewegungsnahe Netzwerke eine bedeutende Rolle spielen. Mit der Organisationsbildung innerhalb des politischen Zentrums befasst sich die Teildisziplin der Internationalen Beziehungen, allerdings nur aus der Perspektive des Kooperationsproblems

zwischen Staaten. Zu einem Aufgreifen einschlägiger organisationssoziologischer Forschungen hat dies bisher nicht geführt mit der Folge, dass die Verselbständigung internationaler Organisationen gegenüber den Mitgliedstaaten und ihre Transformation zu einem eigenständigen globalen „Akteur“ bislang kaum thematisiert wurde (Ness/Brechin 1988; Albert/Hilkermeier 2004; Barnett/Finnemore 2004; vgl. dazu auch die Dissertation von M. Koch). An solchen organisatorischen Eigendynamiken ansetzend, könnten Dissertationsprojekte hier den Eigenbeitrag internationaler Regierungsorganisationen bei der Herstellung globaler Governance-Strukturen aufklären. Weitergehend könnte der in der politikwissenschaftlichen Literatur wiederholt betonte Doppelcharakter des Begriffs der „internationalen Organisation“ – zum einen konkrete Organisationen bezeichnend, zum anderen aber Prozesse des „Organisierens“ des internationalen Systems meined (siehe McLean 2000) – in den Mittelpunkt gerückt und in Hinblick auf die Unterscheidung von Organisationen und Netzwerken spezifiziert werden. Damit ist bereits angesprochen, dass es auch im Zentrum des weltpolitischen Systems zu Netzwerkbildungen kommt, die allerdings überwiegend durch Organisationen getragen werden. An erster Stelle ist hier an globale Policy-Netzwerke zu denken, z.B. im Bereich der Sozialpolitik, in denen internationale Regierungsorganisationen (UN, Weltbank, ILO etc.) die Leitfunktion innehaben, analog zur Funktion des „Staates“ in der nationalen Politik (Deacon et al. 1997; Reinicke 1998; Münch 2000). Dissertationsprojekte könnten der Frage nachgehen, in welcher Weise internationale Regierungsorganisationen Aktivitäten von bzw. in globalen Policy-Netzwerken initiieren, moderieren oder dominieren und umgekehrt, inwieweit und mit welchen Kapazitäten Organisationen der politischen Peripherie an den Zentrumsorganisationen ankristallisieren und deren Aktivität verstärken oder konterkarieren (vgl. O’Brien et al. 2000 sowie Abu Sharkh 2002 zur aktiven Rolle von NGOs bei der Durchsetzung des Kinderarbeitsverbots der ILO). Ein interessanter Untersuchungsfall ist die Erosion bzw. Transformation des ursprünglich durch die Weltbank und den IWF getragenen Washington Consensus (Mehrotra/Lamonica 2005; Noël 2005). Hier wäre zu fragen, inwieweit diese Erosion auf die Aktivitäten und Einflussnahme von NGOs, sozialen Bewegungen und/oder Netzwerken der politischen Peripherie zurückzuführen ist und inwieweit dies als Zeichen für eine Veränderung im Dominanzverhältnis zwischen internationalen Organisationen und „peripheren“ Sozialformen interpretiert werden kann.

In der politischen Peripherie lassen sich dagegen strukturelle Arrangements aus formal organisierten Nicht-Regierungsorganisationen und vielfältigen „bewegungsnahen“ Assoziationen und sozialen Netzwerken beobachten (Keck/Sikkink 1998; O’Brien et al. 2000). Während NGOs die Kapazität haben, über ihre „advocacy“-Kontakte Themen in das politische Zentrum einzuspeisen, kommt Netzwerken die Funktion zu, neue Themen zu formulieren und Unterstützung zu mobilisieren. Global operierende NGOs sehen sich in Hinblick auf die Bereitstellung operativer Kapazitäten zur Bearbeitung von „world problems“ und der Mobilisierung von „global advocacy“ vor erhebliche Herausforderungen auch durch

Netzwerke gestellt: Auf der einen Seite sind sie auf lokale Ressourcen und Legitimität angewiesen, auf der anderen Seite müssen sie eine globale Identität und organisatorische Präsenz entwickeln und in der Lage sein, Themen zu finden, die eine globale Mobilisierung erlauben. Diese heterogenen und teilweise widersprüchlichen Strukturanforderungen führen zu einem Experimentieren mit unterschiedlichen Strukturformen (Lindenberg/Dobel 1999). Das Spektrum reicht von losen Kooperationen in und mit Netzwerken über „konföderative“ Arrangements, die organisierte Netzwerke und formale Organisationen verbinden, bis hin zur Bildung von „Meta-Organisationen“ (Ahrne/Brunsson 2005). In Dissertationsprojekten könnte fallvergleichend untersucht werden, unter welchen Bedingungen sich solche Arrangements stabilisieren.

b. Globale Netzwerkstrukturen und die Relevanz personaler Adressen

Die meisten Organisationen lassen sich zwar dominant einem Funktionssystem zuordnen, in vielen Fällen beziehen sie sich aber multireferentiell auch auf andere Funktionssysteme, z.B. indem Unternehmen eigenständige Rechts-, Ausbildungs- und Forschungsabteilungen unterhalten (Wehrsig/Tacke 1992; Bora 2001). Verglichen damit können solche Mehrfachbezüge für die Sozialform des Netzwerkes als konstitutiv gelten. Netzwerke kombinieren typischerweise sachlich heterogene Leistungen und machen diese auch über gesellschaftliche Differenzierungslinien hinweg für die Netzwerkteilnehmer verfügbar. Ein im weltgesellschaftlichem Maßstab evidenten Fall, der auf personale Netzwerke mit hoher sachlicher Diffusität und globalem Strukturbildungspotential verweist, sind Migrationsnetzwerke. Globale Formationen der Migration werden in der Migrationsforschung als transnationale soziale Räume (Faist 2000; Pries 2001) oder Felder beschrieben (Basch et al. 1994; kritisch: Waldinger/Fitzgerald 2004). Netzwerkbildungen unter Migranten, die sich wechselseitig Sachleistungen wie Transport, Wohnraum, Arbeitsstellen, medizinische Behandlung, Recht, Ausbildung und andere Hilfen zur Verfügung stellen, wird dabei eine besondere Bedeutung beigemessen. Wir nehmen in diesem Zusammenhang an, dass räumliche Indexierungen und soziale Nähe (regionale Herkunft, Verwandtschaft, ethnische oder dörfliche Gemeinschaftsbildung) initiale Abstützungsfunktionen für das Anlaufen transnationaler Migrationsnetzwerke erfüllen und wichtige Stabilisierungsleistungen für deren Fortsetzung übernehmen. Gleichzeitig sind dieser Doppelstruktur aber auch Konflikte inhärent (Ballard 2005). Während die Abstützungsstrukturen auf lokal und moralisch verankerten Reziprozitätserwartungen beruhen (Schiffauer 1987), haben Migrationsnetzwerke nicht nur potentiell globale Reichweiten, sondern entwickeln auch netzwerkeigene und zunehmend versachlichte Reziprozitätserwartungen (Müller-Mahn 2000). In Dissertationsprojekten könnte vertiefend untersucht werden, unter welchen Bedingungen diese unterschiedlich konstituierten Reziprozitätserwartungen kollidieren, wie die Konflikte behandelt und zugunsten welcher Seite – der lokal-partikularen oder der

transnationalversachlichten Seite – sie aufgelöst werden (vgl. in diesem Zusammenhang auch die Dissertation von E. Gerharz). Ein weiteres Feld, das unter dem Gesichtspunkt der Herausbildung globaler Netzwerkstrukturen aus diffusen Kontakten heraus von Interesse ist, bezieht sich auf die Potentiale (tele-)kommunikativer Erreichbarkeit im Medium des Internet. Zu untersuchen ist dabei, unter welchen Bedingungen sich im Medium des Internet soziale Netzwerke von offenen („open access“) und häufig anonymen („nicknames“) Strukturen der Internet-Kommunikation abheben. Während im Forschungsschwerpunkt „Soziale Mikrostrukturen“ die interaktiven Voraussetzungen virtueller Netzbildung im Vordergrund stehen, liegt hier der Fokus auf den netzwerkspezifischen Charakteristika. Von besonderem Interesse ist hier vor allem das Phänomen der so genannten „Social Networking Websites“ (wie OpenBC, Friendster, aSmallWorld etc.), deren Betreiber die Herstellung von sozialen Netzwerken mit mehr oder weniger diffusem Fokus („general“, „business“, „musicians“, „schoolmates“ etc.) zum Programm erklären. Die niedrighschwelligsten Zugangsmöglichkeiten zu diesen Internet-Kontaktbörsen und ihre bemerkenswert hohen Wachstumsraten stehen dabei dem Schließungsbedarf reziprozitätsgestützter sozialer Netzwerke entgegen. Dissertationen könnten hier den Mechanismen nachgehen, die das Entstehen von sozialen Netzwerkaktivitäten aus bloßer Netzwerkpotentialität ermöglichen, und untersuchen, unter welchen Voraussetzungen (Themen, Sprachen etc.) und über welche pfadabhängigen Prozesse (z.B. der lokalen Gründung, der sachspezifischen Binnendifferenzierung, des schrittweisen Übergangs zu „invite-only“-Strukturen etc.) solche Internet-Plattformen globale Reichweite erlangen. Darüber hinaus ist an spezifischere Fälle der Netzbildung via Internet zu denken, etwa an die „produktiven“ Communities in der Open Source Software-Entwicklung (Holtgrewe/Werle 2001) oder an Netzwerke der Hacker-Szene, die unter Bedingungen der Illegalität operieren. Wenig untersucht sind bislang auch Formen der Organisationsbildung, die solchen virtuellen Netzwerken zugrunde liegen bzw. aus ihnen hervorgehen, z.B. auf der Grundlage der Kapitalisierung entsprechender „Adressbücher“.

Neben Social Networking Website-Unternehmen wie OpenBC stellen auch Unternehmen in Asien einen interessanten Fall dar, die die Teilnahme an interaktiven Online-Spielen (wie World of Warcraft) zum bezahlten „Job“ machen (sog. „Farm-Chinesen“) und in Internet-Auktionen globalen Handel mit dem Spielkapital betreiben. Ein in historischer Perspektive interessanter Untersuchungsfall für potentiell weltumspannende Netzbildungen sind die oft gescheiterten Globalisierungsbemühungen – oder in damaliger Terminologie: Internationalisierungsbemühungen – sozialer Bewegungen, wie etwa die diversen sozialdemokratischen oder sozialistischen Internationalen. Die „Internationalität“ dieser Bewegungen bestand oft nur aus einem Netzwerk kommunizierender Einzelpersonen, deren eigentliche Wirksamkeit in den heimischen Organisationen vor Ort lag (Welskopp 2000). Weshalb es sozialen Bewegungen im Vergleich zu Unternehmen und staatlichen Organisationen schlechter gelang, nationale Grenzen zu überschreiten, ist bislang wenig

erforscht. Ähnliche Fragen ließen sich auch an die heutigen „globalen“ Bewegungen richten. Sind diese Bewegungen tatsächlich in der Lage, lokale Gruppierungen und Personen aus unterschiedlichen Regionen der Welt zu integrieren und in einen transnationalen Referenzrahmen einzubinden, der nationale Zugehörigkeiten als sekundär behandelt? Obschon es viel Literatur zu globalen sozialen Bewegungen in den verschiedenen Politikfeldern gibt (vgl. etwa Birchfield/Freyberg-Inan 2004; Guidry et al. 2000; Higgot et al. 2000), fehlen Studien, die den Binnenprozessen und Konflikten globaler Netzwerkbildung detailliert nachgehen.

c. Verbindungen zwischen Organisationen und personalen Netzwerken als globale Strukturform

Das dritte Untersuchungsfeld bezieht sich auf die bislang noch wenig untersuchte Frage, wie Organisationen und Netzwerke bei der Herstellung globaler Ordnungsstrukturen zusammenwirken und inwieweit diese spezifischen Kopplungen ein neues Strukturmuster mit hohem Globalisierungspotential entstehen lassen. Von Bedeutung ist hier zunächst, dass personale Formen der Netzwerkbildung nicht nur informale, parasitäre und entsprechend „stille“ Begleiterscheinungen formaler Organisation sind, sondern Organisationen die „Adressbücher“ und persönlichen Netzwerkkontakte ihrer Mitglieder auch gezielt nutzen (z.B. Kundenkontakte in Unternehmen, Autorenkontakte in Verlagen), fördern und u.U. zum Rekrutierungs- und Beförderungskriterium machen, um die Vorteile beider Strukturformen zu kombinieren (vgl. Bommes/Tacke 2006a: 239ff.). Aus Organisationsperspektive liegt ein wesentlicher Vorteil persönlicher Netzwerke darin, dass sich über sie Informationen beschaffen lassen, die auf formalem Wege nicht zugänglich sind. Unter der Bedingung hoher Unsicherheit ist dieses Wissen eine unverzichtbare Voraussetzung für angemessene unverzichtbare Voraussetzung für angemessene Entscheidungen. Bereits in den Neuen Industrien des späten 19. Jahrhunderts, die sich in erster Linie am Weltmarkt orientierten, waren deshalb Auslandskontakte von Unternehmern und Managern eine wichtige Karrierevoraussetzung (Casson 2001). Aber erst in den 1970er Jahren wurden diese Kontakte und Erfahrungen zum Ziel des Aufbaus systematisch organisierter „Managementsysteme“ (Abelshausen 2003b). Historisch angelegte Dissertationsprojekte könnten der Frage nachgehen, wie sich der Aufbau und die organisatorische Nutzung personaler Netzwerke seit dem späten 19. Jahrhundert verändert haben und unter welchen Bedingungen es zu Friktionen zwischen persönlichen Netzwerken und den Organisationsimperativen kommt. Ein aktuelles Beispiel für die Verbindung von organisations- und netzwerkförmigen Strukturen sind die Abteilungen des Devisen- und Wertschriftenhandels in internationalen Banken, die zwar formal in die Organisation integriert sind, aber über eine beträchtliche Autonomie verfügen und oft eigene Kontrollstrukturen und Anstellungsverhältnisse ausgebildet haben: Die Hierarchie ist flacher und den Händlern, die oft in Form eines Bonus-Systems bezahlt werden, wird ein erhebliches Maß an Handlungsautonomie gewährt (Knorr Cetina/Bruegger 2002).

Die Beziehungen zwischen den Händlern an unterschiedlichen Standorten der Welt lassen sich als eine Netzwerkstruktur interpretieren, in der Reziprozitätserwartungen und persönliches Vertrauen eine nicht unerhebliche Rolle spielen. Die Ausdifferenzierung solcher Abteilungen hat für die Banken den Vorteil, innerhalb der formalen Organisationsstrukturen zur Verfügung zu haben, in denen schneller und flexibler gehandelt werden kann und eine direktere Verbindung zum Markt besteht (vgl. zum globalen Finanzsystem auch Pahl i.E.; Hessling/Pahl 2006). Die Frage, wie sich organisations- und netzwerkförmige Strukturen kombinieren und inwieweit spezifische Formen der Verbindung eine neue globale Strukturform darstellen, lässt sich auch für andere Funktionsbereiche untersuchen, so etwa für Sport, Erziehung, Kunst oder Religion. Ein interessanter Fall ist die Wissenschaft. Zwar ist auch Wissenschaft nicht ohne Organisationen denkbar (vgl. nur S. Fuchs 1992; Stichweh 1999; Besio 2006), wissenschaftliche Kommunikation vollzieht sich aber primär in – zunehmend globalen – Netzwerken bzw. „epistemischen communities“ (s. bereits Hagstrom 1965; Mullins 1968; Crane 1972), die in ihrer personalen Struktur typischerweise nicht durch Organisationen kontrolliert werden. Trotz einzelner Aussagen, dass die Organisationszugehörigkeit in Wissenschaftlernetzwerken nahezu keine Rolle spielt (Mullins 1968), ist davon auszugehen, dass Organisationen in vielfältiger Weise als Ausgangs-, Vermittlungs- und Trägerstrukturen für wissenschaftliche Netzwerkbildungen fungieren und umgekehrt Netzwerkbildungen in die Strukturen von wissenschaftlichen Organisationen eingreifen. In Dissertationsprojekten könnte für unterschiedliche Disziplinen vergleichend untersucht werden, inwieweit sich globale Reputationshierarchien zwischen Universitäten und Forschungsinstituten herausbilden (vgl. Kap. 3.2.2.) und als Folge davon der Zugang zu wissenschaftlichen Netzwerken nicht mehr (nur) über wissenschaftliche Leistung, sondern auch zunehmend über die Organisationsmitgliedschaft reguliert wird. Eine solche organisationale Vermittlung von Zugangschancen könnte zu einer Verstärkung der weltregionalen Fragmentierung wissenschaftlicher Kommunikationszusammenhänge führen und insofern die Globalisierungstendenzen der Wissenschaft bis zu einem gewissen Grade konterkarieren. Weiter wäre zu untersuchen, inwieweit sich aus der Tatsache, dass in der Wissenschaft die Organisationen primär national verankert sind, die Netzwerke aber potentiell globale Reichweite haben, Friktionen ergeben und in der Folge etwa zu staatenübergreifenden Netzwerkbildungen zwischen Universitäten oder zur Gründung von transnationalen Forschungsorganisationen führen. Ein anders gelagertes Beispiel für die Vermutung, dass die Kopplung von personalen Netzwerken und Organisationen eine neue weltgesellschaftliche Strukturform darstellt, kann am Fall des staatenübergreifenden Terrorismus, insbesondere islamistischer Provenienz, untersucht werden (Priddat 2002; Knorr Cetina 2005). Global operierende Netzwerke vom Typus etwa der Al Kaida lassen erkennen, wie lose gekoppelte Netzwerke, die aus Relationen und Knoten (Zellen) bestehen, durch rekursive Kommunikation Zusammenhalt (Fuchs 2001) erzeugen, ohne dafür feste Hierarchien, Programme und dergleichen zu benötigen. Was man bei Organisationen als feste Grenzen des

Systems, Identitäten und Ziele kennt, sind – aus der Perspektive der Netzwerktheorie – allenfalls späte Entwicklungsresultate dieser Netzwerke selbst (Weick 1995). Es bildet sich ein Zentrum („core“), das den Kontakt zu den Medien hält, übergreifende strategische Orientierungen ausbildet und den Eindruck der Organisiertheit bearbeitet, um vor allem für Politik und Massenmedien eine „feste“ Adresse für Zurechnungen bereit zu stellen. Dem steht die Peripherie in Gestalt des Netzwerkes gegenüber, mit diffusen Grenzen, fehlender Identität und mehrdeutigen Zielen – aber mit dem Vorteil experimenteller Flexibilität. Dissertationsprojekte könnten an unterschiedlichen Beispielen untersuchen, ob solche flexiblen Verbindungen von Netzwerk und Organisation eine neue Strukturform darstellen und ob in dieser Form eine besonders für global operierende Systeme typische Art von Unsicherheitsabsorption und Erzeugung von Erwartungssicherheit gesehen werden kann.

Forschungsschwerpunkt 3: Globale Semantiken: Die Repräsentation von Globalität

Die Herausbildung globaler Zusammenhänge ist nicht nur ein strukturelles Phänomen, sondern von der Vorstellung begleitet, in einer gemeinsamen sozialen Umwelt zu leben (vgl. Robertson 1992; Beck 1997: 27f.; Tomlinson 1994). Die Vorstellung, dass eine global vernetzte Welt entstanden ist, die allen gemeinsame Rahmenbedingungen vorgibt, ist ein relativ neues Phänomen, das sich von früheren Weltbildern unterscheidet (vgl. zu diesen Weltbildern die Dissertation von A. Leutsch). Die Untersuchung der Entstehung und des Wandels solcher Modelle des Globalen und der Formen ihrer (textlichen, ikonischen oder statistischen) Repräsentation bildet den dritten Forschungsschwerpunkt des Kollegs. Ein typisches Beispiel sind Weltgesellschaftstheorien, die unabhängig voneinander in den 1970er Jahren entstanden sind und den globalen Zusammenhang zum ersten Mal als eigenständige Form der Sozialorganisation beschrieben – als eine „Gesellschaft“ eigener Art (vgl. ausführlicher Greve/Heintz 2005; Tyrell 2005). Wir beschränken uns dabei auf zwei Varianten von Repräsentationen des Globalen. Als globale *Einheitssemantiken* bezeichnen wir Deutungsmodelle, die weltweite Gemeinsamkeiten konstruieren und alternative Deutungen bis zu einem gewissen Grade ausschließen (P. Fuchs 1992; Japp 2003). Einheitssemantiken lassen sich als Paradigmen in einem Kuhnschen Sinne interpretieren: Sie beschränken für eine bestimmte Zeit die Beschreibungsoptionen und haben entsprechend eine kommunikationslimitierende Funktion. Ein prominentes Beispiel ist das Entwicklungs- resp. Modernisierungsmodell, das zwischen den 1950er und 1970er Jahren relativ unangefochten dominierte (vgl. weiter unten). Demgegenüber formulieren globale *Differenzsemantiken* zwar ebenfalls Einheitsvisionen, die globale Reichweite beanspruchen, aber sie werden durch alternative Modelle infrage gestellt. Zur Entstehung von konkurrierenden Differenzsemantiken kann es entweder in der Phase vor der Durchsetzung einer breit akzeptierten Einheitssemantik kommen oder dann, wenn sich die Konkurrenz in Form eines

Konfliktsystems verstetigt, das seine Dynamik aus sich selbst gewinnt. Der Forschungsschwerpunkt „Globale Semantiken“ orientiert sich an drei Leitfragen.

a. Entstehung und Wandel globaler Einheitssemantiken

Ein frühes und breit untersuchtes Beispiel einer globalen Einheitssemantik ist das Entwicklungsmodell, das zum ersten Mal alle Regionen der Welt in einen globalen Vergleichszusammenhang brachte und Einheit über das gemeinsame Ziel der Modernisierung definierte (vgl. etwa Escobar 1995; Knöbl 2001). Trotz konfligierender Auffassungen, wie dieses Ziel zu erreichen ist und welche Gründe für die ökonomischen und sozialen Differenzen verantwortlich sind, wurde „Entwicklung“ von den 1950ern bis in die 1970er Jahre zu einem „master-frame“, der alternative Deutungsvarianten verdrängte, so etwa die in den frühen 40er Jahren verbreitete Vorstellung der Welt als Ensemble inkommensurabler Kulturen (Moore 1966). Wie dieses Beispiel zeigt, implizieren globale Einheitssemantiken nicht, dass Differenzen nicht mehr wahrgenommen werden, im Gegenteil: Die Institutionalisierung von Modernisierung als einem breit akzeptierten und in internationalen Statistiken objektivierten Vergleichsmaßstab machte die Wahrnehmung von Entwicklungsunterschieden überhaupt erst möglich (vgl. Kap. 3.2.2.). Ein daran anschließendes Untersuchungsfeld, das noch wenig systematisch erforscht wurde, ist der Wandel der globalen Ungleichheitssemantik im politischen und sozialwissenschaftlichen Diskurs seit 1945. Wann und unter welchen Bedingungen wird globale Ungleichheit zum ersten Mal als ein soziales Problem definiert? Inwieweit hängt die Wahrnehmung globaler Ungleichheit mit der Durchsetzung von Entwicklung als weltweit akzeptiertem Ziel zusammen, und wie verändert sich die Ungleichheitssemantik im Zuge der Infragestellung von Moderne resp. Modernisierung? Ein Indiz für diese Relativierung des Modernisierungswertes sind Begriffe wie „Ende der Dritten Welt“, „reflexive Moderne“ oder auch „Postmoderne“, die in den 1980er Jahren aufkommen, aber auch Konzepte, die an die Stelle des primär ökonomisch orientierten Entwicklungsdiskurses die Bedeutung kultureller (z.B. religiöser, sprachlicher, ethnischer) Unterschiede und Identitäten setzen (vgl. u.a. Koenig 2005; vgl. auch die Dissertation von D. Bohl). Weiter stellt sich die Frage, ob sich seit der „Krise“ des Entwicklungsparadigmas (Menzel 1992) eine neue Einheitsvision mit ähnlich realitätsmächtigem Charakter etablieren konnte. Ein möglicher Kandidat ist die Menschenrechtssemantik, die seit den 1980er Jahren zu einem einflussreichen Deutungsschema wurde, teilweise verbunden mit der Verlagerung der Aufmerksamkeit von globaler ökonomischer Ungleichheit auf nationales politisches Fehlverhalten (Heintz et al. 2006). Während die Menschenrechte in den 1960er und 1970er Jahren ein relativ marginales Thema darstellten und der Entwicklungsproblematik untergeordnet waren (vgl. u.a. Donnelly 1981), sind sie heute zu einem breit akzeptierten Beobachtungs- und Interpretationsraster avanciert, das eine globale Wertegemeinschaft unterstellt, die am gemeinsamen – und gewissermaßen vorsozialen – Merkmal des Menschseins anknüpft (vgl. auch die Dissertation

von B. Leisering). Die Auseinandersetzungen richten sich deshalb kaum mehr gegen die Menschenrechte selbst (für China vgl. die Dissertation von T. Liu), sondern entzündeten sich innerhalb des Menschenrechtsdiskurses, vor allem an der Frage der Universalität der Menschenrechte und ihrer Unteilbarkeit bzw. Rangordnung (vgl. als Überblick Bielefeldt 1998; Donnelly 2003). Der Wandel und die zunehmende Bedeutung des Menschenrechtsdiskurses ließen sich an verschiedenen Beispielen untersuchen, so etwa an einem Vergleich der Argumentationsmuster in den beiden UN-Menschenrechtskonferenzen (1968 und 1993), an der Verwendung der Menschenrechtssemantik als Rechtfertigung für militärische Eingriffe (Bsp. „humanitäre Interventionen“, vgl. dazu auch Finnemore 1996) oder an der Frage, ob und in welcher Form auf das Menschenrechtsschema rekurriert wird, um grundlegend konträre Positionen zu legitimieren (Bsp. „Karikaturenstreit“). Daneben gibt es globale Semantiken, die erst im Entstehen begriffen sind und sich gewissermaßen noch im Experimentierstadium befinden. Ein Beispiel dafür sind globale Semantiken des Sozialen, die mit Begriffen wie „soziale Globalisierung“, „soziale Dimension der Globalisierung“ (World Commission on the Social Dimension of Globalization, 2004) oder „sozial gerechte Weltordnung“ die Bedeutung sozialer Aspekte gegenüber einer ausschließlich wirtschaftsliberalen Sichtweise betonen. Der globale Anspruch dieser neuen Sozialesemantiken zeigt sich vor allem darin, dass sie eine globale Einheit des Sozialen jenseits der nach wie vor bestehenden nationalen Traditionen der Konstruktion „sozialer Fragen“ (Kaufmann 2003b) entwerfen und Begriffe, die ursprünglich national gerahmt waren, in einen globalen Zusammenhang stellen. Beispielhaft dafür sind normative Kategorien wie „equity“ und „social security/insecurity“; Rechtsbegriffe, vor allem soziale Menschenrechte (vgl. Kaufmann 2003a); individuenbezogene Kategorien wie „human development“ und Inklusion; und politik- und institutionenbezogene Begriffe wie „social protection“, „corporate social governance“ und „social risk management“ (letzterer seit 2000 von der Weltbank).

Eine in Dissertationsprojekten zu überprüfende Hypothese ist die, dass sich solche globalen Semantiken des Sozialen seit den 1980er und 1990er Jahren in verstärktem Maße ausbreiten, ohne dass sich bislang eine „Master-Semantik“ etablieren konnte, die ähnlich durchsetzungsstark ist wie die Semantik der „Wohlfahrtsstaatlichkeit“ auf nationaler Ebene (zur Frage von Weltwohlfahrtsstaatlichkeit vgl. Leisering 2006). Wir vermuten jedoch, dass sich in Zukunft eine verbindliche Einheitssemantik durchsetzen wird, allerdings nur dann, wenn es ähnlich wie auf nationaler Ebene gelingt, einen positiv konnotierten Anschluss zu den Semantiken anderer Funktionssysteme, insbesondere zur Wirtschaft, herzustellen (vgl. dazu auch Münch 2005). Ein in diesem Zusammenhang interessanter Untersuchungsgegenstand ist die globale Semantik „ökologische und soziale Nachhaltigkeit“ (sustainability), die sich in den letzten Jahren massiv ausgebreitet hat und gegenüber einer uneingeschränkten Expansion von Marktmechanismen die Bedeutung sozialer Rahmenbedingungen und Kompensationsstrukturen betont. Weitere Dissertationsprojekte könnten sich aus einer komparativen Perspektive mit der Entstehung und Durchsetzung

globaler Sozialesemantiken in unterschiedlichen Politikfeldern wie etwa Arbeitsschutz, Arbeitssicherung, Gesundheit und Armut beschäftigen. Ein weiteres Beispiel für eine im Entstehen begriffene und ebenfalls primär im politischen System verankerte Semantik des Globalen setzt beim Begriffsfeld „Global Governance“ an. Sowohl die wissenschaftliche als auch die politische Diskussion über Global Governance (vgl. als Überblick Wilkinson 2005; Willke 2006) zeigen deutlich, dass es sich dabei nicht allein um die Entstehung genuin neuer Formen der Verregelung oder der Verlagerung souveräner Entscheidungsbefugnisse jenseits der Arenen nationalstaatlicher Politik oder zwischenstaatlicher Kooperation handelt (vgl. hierzu etwa Zürn 1998; Grande/Pauly 2005). Vielmehr geht es (auch) um eine Selbstdeutung des globalen politischen Systems, die zwar Differenzen in Form nationalstaatlich-partikularer Interessenformulierung nicht ersetzt, aber doch um eine Strukturebene ergänzt, der politische Entscheidungen und Verantwortlichkeiten unmittelbar zugerechnet werden können. Während eine umfangreiche Literatur zur Entwicklung unterschiedlicher Regelungsstrukturen etwa in Bezug auf globale Finanzmärkte (Sinclair 2006), natürliche Ressourcen (Yamin/Depledge 2005), Menschenrechte (Ignatieff 2005), globale Umweltfragen (siehe etwa Esty/Ivanova 2002) oder globale Sozialpolitik (Deacon 2007) existiert, fehlt bislang eine Begriffsgeschichte von Global Governance, insbesondere auch in Abgrenzung zum Begriff der „internationalen Gemeinschaft“, der sich seit dem Ersten Weltkrieg auf eine primär staatlich konturierte und staatliche Politik legitimierende Weltöffentlichkeit bezieht (siehe Jäger 2004; auch Albert 2005 und weiterführend Stichweh 2006c). In diesem Zusammenhang wäre zu untersuchen, inwieweit mit der Durchsetzung des Begriffs der Global Governance ein Wechsel der Zurechnungsperspektive von „Internationalität“ auf „Globalität“ verbunden ist als einer eigenständigen, nicht auf Einzelstaaten und ihre Beziehungen reduzierbaren Strukturebene. Weiter lässt sich vermuten, dass die Semantik der Global Governance auf die zunehmende Bedeutung nichtstaatlicher politischer Akteure reagiert, die in der völkerrechtlich gebundenen Semantik der internationalen Gemeinschaft nicht adressiert werden können. Daran anschließend wäre z.B. zu prüfen, inwieweit sich der Begriff Global Governance auch in den Programmatiken globalisierungskritischer Netzwerke und Organisationen etabliert.

b. Globale Semantiken, Strukturen und Konflikte

Die zweite Leitfrage bezieht sich auf das Verhältnis von „Struktur“ und „Semantik“, d.h. auf die Frage, auf welche strukturellen Konstellationen globale Semantiken reagieren, über welche Mechanismen sie durchgesetzt werden und inwieweit ihre Entwicklung eine Konfliktdynamik in Gang setzt. Welche strukturellen Wandlungsprozesse haben z.B. dazu geführt, dass sich „Entwicklung“ als „master-frame“ durchsetzen konnte? Welche Rolle spielte in diesem Zusammenhang die Entkolonialisierungsbewegung, d.h. die weltweite Durchsetzung formal gleichberechtigter Staaten, die aber faktisch durch massive Ungleichheiten charakterisiert sind (vgl. dazu schon sehr früh Lagos 1962)? Ähnlich ließe sich fragen, auf welche strukturellen Umbrüche die Karriere der Menschenrechtssemantik

zurückgeführt werden kann und ob das Ende des Ost-West-Konflikts tatsächlich, wie oft behauptet, der entscheidende Faktor war. Aus systemtheoretischer Sicht entsteht der Bedarf nach einer Einheitssemantik erst im Zuge der Durchsetzung funktionaler Differenzierung. Der Tatsache, dass sich Wirtschaft, Politik, Recht, Wissenschaft und Religion an je eigenen Leitdifferenzen orientieren und sich die verschiedenen Sondergesichtspunkte nicht notwendig zu einer Gesamtrationalität zusammenfügen, wird ein Bild entgegengesetzt, das Einheit und Gemeinsamkeit betont und trotz aller Evidenz eine „Kompossibilität“ (P. Fuchs 1992: 100ff.) zwischen den Funktionssystemen behauptet. Diese am Beispiel von nationalen Einheitssemantiken entwickelte These könnte in Dissertationsprojekten anhand konkreter globaler Semantiken überprüft und ergänzt werden. Während die Systemtheorie in der Regel von einer „Nachträglichkeit“ der Semantik ausgeht (vgl. allerdings Stäheli 1998), wäre auch der umgekehrte Fall zu untersuchen, nämlich inwieweit globale Semantiken strukturellen Wandlungsprozessen vorauslaufen, sie u.U. initiieren und auf welche Weise dies geschieht. Ein Beispiel dafür sind globale Sozialesemantiken, die als wesentliche Träger und Motoren einer *socialisation of global politics* betrachtet werden können (vgl. zu diesem Begriff Deacon et al. 1997: 3). Die Berücksichtigung sozialer Dimensionen im Bereich der Weltpolitik setzt m.a.W. anschlussfähige Semantiken voraus, die einen gemeinsamen Wahrnehmungshorizont für globale „soziale Fragen“ (Kaufmann 2003b) eröffnen und zugleich politische Legitimität für globale Sozialpolitik erzeugen. Diese Frage lässt sich auch für andere globale Semantiken untersuchen, z.B. für die tiefgreifenden strukturellen Effekte, die durch die Etablierung der sozialwissenschaftlichen Modernisierungstheorie nach dem Zweiten Weltkrieg ausgelöst wurden (Knöbl 2001; Escobar 1999). Weiter wäre zu untersuchen, unter welchen Bedingungen sich konkurrierende Semantiken in Richtung eines eigenständigen Konfliktsystems entwickeln und sich damit gegenüber ihren ursprünglichen Entstehungsbedingungen verselbständigen. Der Grad an Konfliktivität zeigt sich daran, ob es jenseits der konkurrierenden Modelle noch eine Bezugnahme auf gemeinsame Wertmuster gibt, wie es etwa im Ost-West-Konflikt in Bezug auf den gemeinsamen Wert der Modernisierung der Fall war (vgl. dazu einschlägig Parsons 1967), oder ob sich der Konflikt als ein Konfliktsystem etabliert, das seine Dynamik aus sich selbst gewinnt und in dem jede Handlung als Bestätigung der gegenseitigen negativen Erwartungen interpretiert wird und damit den Konflikt ins prinzipiell Unendliche fortsetzt (vgl. zu diesem Begriff Luhmann 1984: 529ff.). Ein Beispiel dafür ist der Konflikt zwischen der westlichen Modernisierungssemantik und der Semantik des radikalpolitischen Islams, der sich (auch) als eine Antwort auf die Exklusionseffekte funktionaler Differenzierung interpretieren lässt und auf einer Zurückweisung der Entkopplung von Politik, Recht und Religion beruht (vgl. Bruce 2000; Japp 2007). Mit seinem Begriff des „Kampfes der Kulturen“ hat Huntington (1996) diese Form der Konfliktsituation auf eine populäre und medial erfolgreiche Formel gebracht (vgl. auch die Dissertation von J. Wollmann). Dieser Konflikt ist zudem ein gutes Beispiel für die Gleichzeitigkeit verschiedener „Modernen“ („multiple modernities“,

Eisenstadt 2002) in ihren gegenseitigen Verflechtungen („entangled modernities“, Randeria 1999). In diesem Zusammenhang stellt sich auch die Frage, inwieweit sich Semantiken aus peripheren Weltregionen auf globaler Ebene überhaupt durchsetzen können und in welcher Form. Inwieweit handelt es sich bei den dominierenden globalen Semantiken um eine Universalisierung westlicher Kulturmuster, in denen andere Perspektiven kaum berücksichtigt sind? Hier wären z.B. Dissertationsprojekte anzusiedeln, die die verschiedenen „weltregionalen“ Ausdeutungen global institutionalisierter Werte und Konzepte (z.B. Menschenrechte) analysieren (u.a. Bielefeldt 1998), oder Projekte, die untersuchen, wie sich der Aushandlungsprozess in internationalen Organisationen (UN, Weltbank etc.) konkret vollzieht und inwieweit z.B. weltregional unterschiedliche Konzepte von Geschlechterbeziehungen, Armutsbekämpfung, Alterssicherung etc. in die dort formulierten Modelle und Aktionsprogramme Eingang finden (vgl. zur Alterssicherung die Dissertation von V. Wodsak). Bei dieser Fragestellung könnten auch Ansätze wie etwa „postcolonial studies“ (Chakrabarty 2000; Loomba et al. 2005), „diaspora studies“ (Sheffer 2003; Mayer 2005) und Studien zur Transnationalisierung (Basch et al. 1994; Faist 2004) einbezogen werden.

c. Homogenisierung vs. Heterogenität

Globale Einheitssemantiken konstruieren einen globalen Vergleichszusammenhang mit der Folge, dass Einheiten und Phänomene, die ursprünglich nicht in Beziehung gesetzt wurden, anhand gemeinsamer Standards – Entwicklung, Menschenrechte, Rechtgläubigkeit etc. – beurteilt und insofern kommensurabel gemacht werden (vgl. Kap. 3.2.2.). Darauf bezieht sich die dritte Leitfrage. Inwieweit führt die Durchsetzung von globalen Einheitssemantiken zu einer Vereinheitlichung, wie es etwa die neo-institutionalistische Weltgesellschaftstheorie postuliert (vgl. Meyer et al. 2005)? Die von Meyer und seinen Mitarbeitern postulierte „Weltkultur“ lässt sich als eine Einheitssemantik interpretieren, die in Rechtstexten, Organisationsstrukturen, Aktionsprogrammen und Statistiken eingeschrieben ist und durch diese institutionelle Verstärkung einen quasi-objektiven Charakter erhält. Um gesellschaftlich als Akteur akkreditiert und legitimiert zu sein, müssen Staaten, Organisationen und Individuen überzeugend demonstrieren, dass sie diesen kulturellen Prinzipien Rechnung tragen. Dies ist der Grund für die empirisch zu beobachtenden Homogenisierungstendenzen, die im Neo-Institutionalismus mit dem Begriff der „strukturellen Isomorphie“ beschrieben werden. Aus einer anderen Perspektive ließe sich die ergänzende Vermutung formulieren, dass die Durchsetzung weltweit akzeptierter Vergleichskriterien Unterschiede erst sichtbar und legitim macht und damit gerade umgekehrt zu einer zunehmenden Heterogenisierung führt (vgl. Stichweh 2004; Werron 2005). Ein prominentes Beispiel dafür ist das breit akzeptierte und in UN-Konventionen ratifizierte „Recht auf (religiöse, kulturelle und sprachliche) Differenz“ (vgl. etwa Koenig 2005). Aus dieser Perspektive stehen Homogenisierung und Heterogenität in einem gegenseitigen Steigerungsverhältnis: Die

Wahrnehmung von Differenzen setzt einen gemeinsamen Vergleichshorizont voraus und trägt ihrerseits dazu bei, diesen Horizont ständig präsent zu halten. Diese Annahme kann anhand von Fallstudien empirisch überprüft und präzisiert werden. Als Untersuchungsfeld bietet sich z.B. die durch Schuluntersuchungen wie PISA oder TIMSS ausgelöste Reformdebatte an, da sich an diesem Beispiel besonders gut untersuchen lässt, ob die Etablierung von international standardisierten Vergleichsdimensionen Angleichungsprozesse nach sich zieht oder gerade umgekehrt Unterschiede akzentuiert. Ähnlich könnte auch am Beispiel von globalen Menschenrechts- oder Klimaschutzdiskussionen untersucht werden, inwieweit erst die Herausbildung gemeinsamer Standards die Artikulation von Differenzen erlaubt. Für den Bereich Sozialpolitik kann gefragt werden, ob Wohlfahrtsstaaten unter dem Einfluss institutionalisierter gegenseitiger Beobachtung und Vergleichs einander ähnlicher werden oder weiterhin von heterogenen „Wohlfahrtsregimen“ und Pfadabhängigkeit gesprochen werden muss (vgl. Leisering 2003; 2005; Gough et al. 2004). Als weiteres Beispiel könnte untersucht werden, in welcher Weise Tendenzen zur weltweiten Etablierung schulmedizinischer Beweisformen den Fortbestand eines medizinischen Pluralismus, d.h. die Koexistenz von akademischer (Schul-)Medizin und anderen Medizinformen wie Homöopathie, Chinesischer Medizin etc. ermöglichen (Stollberg 2006). In diesem Zusammenhang wäre auch zu fragen, warum das medizinische Funktionssystem bislang keine Einheitssemantik entwickelt hat und weshalb von Weltwirtschaft und neuerdings auch von Weltrecht und Weltpolitik gesprochen wird, nicht aber von Weltmedizin.